

## Handel ja, aber nicht so

Über das geplante Freihandelsabkommens der EU mit dem Mercosur

von Berit Thomsen

*Nach 20 Verhandlungsjahren war es am 28. Juni 2019 soweit: Die EU-Kommission verkündete, sie habe eine politische Einigung über ein Handelsabkommen mit dem Mercosur erzielt. Dem südamerikanischen Staatenbund gehören Brasilien, Argentinien, Paraguay und Uruguay an. Sobald das Abkommen in Kraft tritt, wäre es das größte der EU. Der gemeinsame Handelsraum würde 780 Millionen Einwohner umfassen und rund ein Viertel des weltweiten Bruttoinlandsprodukts erwirtschaften. Während die EU verarbeitete Güter und Maschinen in den südamerikanischen Handelsraum exportiert und darauf drängt, dass etwa Zölle auf Autos aus Europa abgebaut werden, führt der Mercosur überwiegend Agrarprodukte und Rohstoffe in die EU-Länder aus. Vor allem die geplanten Vereinbarungen zur Landwirtschaft und dem Handel mit Agrarprodukten stoßen vielfach auf Ablehnung. Der folgende Beitrag erläutert und diskutiert die zentralen Eckpunkte, auf die sich EU und der Mercosur geeinigt haben, und zeigt die Schwachstellen des geplanten Abkommens auf. Proteste von Vertreterinnen und Vertretern einer bäuerlichen Landwirtschaft, zahlreichen Klima-, Umwelt- und Naturschutzverbänden, aber auch von Menschenrechtsgruppen machen deutlich, dass das Freihandelsabkommen noch längst nicht in trockenen Tüchern ist. Auch in den Parlamenten einzelner EU-Mitgliedsländer gibt es massiven Widerstand. Ob der Vertrag in der vorliegenden Form jemals unterzeichnet wird, ist nach wie vor offen.*

Auch wenn die Eckpunkte für ein gemeinsames Freihandelsabkommen zwischen der EU und den Mercosur-Ländern unterzeichnet wurde, ist dies bloß ein erster Schritt – hin zu einem umfassenden Assoziationsabkommen beider Ländergruppen. Als nächstes folgt eine detaillierte Ausarbeitung der Verträge und eine rechtliche Prüfung der Texte sowie in der EU eine Übersetzung in alle EU-Amtssprachen, bevor der Vertrag dann unterzeichnet werden kann. Allein dieser Prozess kann bis zu einem Jahr (und länger) dauern. Erst danach beginnt der entscheidende Ratifizierungsprozess.<sup>1</sup>

Da dieses Handelsabkommen kein Kapitel zum Investitionsschutz enthält, müssen zunächst nur der EU-Rat und das EU-Parlament dem Abkommen zustimmen. Da aber dieses Freihandelsabkommen auch Teil eines umfassenderen Assoziationsabkommens zwischen den beiden Regionen ist und für gewöhnlich ein Assoziationsabkommen Zuständigkeiten der Mitgliedstaaten mitumfasst, müssen aller Voraussicht nach auch alle EU-Mitgliedsländer dem Mercosur-Freihandelsabkommen zustimmen. Allerdings könn-

te die EU versuchen, den problematischsten Teil des Assoziationsabkommens – das Handelsabkommen – bereits nach der Zustimmung durch den Rat und das Europaparlament vorläufig in Kraft zu setzen.<sup>2</sup> Aber soweit ist es noch nicht.

### **Einigung erzielt – aber zu welchem Preis?**

Bereits heute stammt der Großteil der europäischen Agrar- und Lebensmittelimporte aus dem Mercosur. Die EU importiert jährlich landwirtschaftliche Güter in Höhe von 20 Milliarden Euro aus dem südamerikanischen Länderverbund. Diese Importe werden in Zukunft weiter anwachsen, folgt man den 17 Seiten, auf denen die EU-Kommission die Eckpunkte des geplanten Abkommens festgehalten hat.<sup>3</sup>

Demnach muss Europa weitere 99.000 Tonnen Rindfleisch jährlich importieren zu einem reduzierten Zollsatz von 7,5 Prozent. Eine bemerkenswerte Menge, wenn man bedenkt, dass in den Jahren von 2014 bis 2018 die höher verzollte Importmenge aus den Mercosur-Ländern in die EU jährlich 243.241 Tonnen

Rindfleisch im Durchschnitt betrug. Insgesamt betrogen die EU-Rindfleischimporte in dem Vierteljahresdurchschnitt 326.042 Tonnen.<sup>4</sup>

Bisher ist der europäische Rindfleischmarkt stark vor Rindfleischimporten geschützt. Aber es gibt weitere Freihandelsabkommen, in deren Rahmen die EU ihren Markt für Rindfleischimporte öffnen wird. Mit dem CETA-Abkommen zwischen der EU und Kanada hat die EU z. B. bereits 45.000 Tonnen Rindfleischimporte zugesagt. Die laufenden Verhandlungen mit Neuseeland/Australien würden – bei Abschluss – weitere Rindfleischimporte bringen. Und auch die USA üben Druck auf die EU aus, ihre landwirtschaftlichen Märkte für US-Rindfleisch weiter zu öffnen.

Die im Mercosur-Deal ausgehandelte Importquote entspricht zwar »nur« 1,2 Prozent der gesamten EU-Rindfleischproduktion. Aber bereits dies kann zu Marktverwerfungen führen, weil der EU-Rindfleischmarkt mit einem Selbstversorgungsgrad von 102 Prozent bereits mehr als gesättigt ist.<sup>5</sup>

Der dänische Fleischkonzern Danish Crown (DC) erwartet zwar nicht, dass der europäische Rindfleischmarkt unmittelbar einbricht, weist aber darauf hin, dass die Importe aus den Mercosur-Ländern bei vollständiger Umsetzung *und* Ausschöpfung aller multi- und bilateraler Vereinbarungen sogar bis zu sechs Prozent der europäischen Rindfleischerzeugung entsprechen könnten. Dies werde, so Danish Crown, dann sicher eine nennenswerte Marktwirkung entfalten.<sup>6</sup> Die dadurch verschärfte Preiskonkurrenz könnte, so die Kritiker des Abkommens, vor allem jene Viehbetriebe in der EU treffen, die tier- und umweltgerechte Weidehaltung betreiben.

Ein weiterer Kritikpunkt ist die Produktionsweise in Brasilien. Brasilien ist weltweit der zweitgrößte Produzent und der größte Exporteur von Rindfleisch. Die Rindfleischexporte stiegen in den letzten 14 Jahren um 700 Prozent an. Das ständige Wachstum der Rinderherden führt zu Landkonflikten. Die extensive Viehhaltung zählt zu den hauptsächlichen Treibern der Entwaldung (und damit meist auch Brandrodung), besonders in Amazonien. Die massiven Waldbrände der jüngsten Zeit sind zum Großteil auf Brandstiftung zurückzuführen, um Flächen auch für die Viehzucht freizulegen. Allein im Jahr 2017 wurden 70 Menschen ermordet, Kleinbäuerinnen und -bauern sowie Indigene, weil sie sich gegen die weitere Ausbreitung der Agrarindustrie gewehrt haben.<sup>7</sup>

Somit werden mit den Importen aus den Mercosur-Ländern auch Regenwaldabholzung und Menschenrechtsverletzungen »eingeführt«. Das entspricht keiner wertebasierten europäischen Handelsagenda, für die sich die EU rühmt, und widerspricht auch den anerkannten internationalen Bauernrechten der Vereinten Nationen, deren Erklärung Ende 2018 mit

großer Mehrheit von der UN-Generalversammlung angenommen wurde.<sup>8</sup>

Neben den bisher ausgehandelten Rindfleischimportquoten sehen die Eckpunkte auch eine gegenseitige Öffnung des *Milchmarktes* innerhalb von zehn Jahren für zollfreie 30.000 Tonnen Käse (bisheriger Zoll 28 Prozent), 10.000 Tonnen Milchpulver (bisheriger Zoll 28 Prozent) und 5.000 Tonnen Babynahrung (bisheriger Zoll 18 Prozent) vor. Der Europäische Milchindustrieverband (EDA) begrüßt die vereinbarte Marktöffnung. Das vereinbarte Zollkontingent von 30.000 Tonnen Käse pro Jahr entspreche etwa dem Zehnfachen der Mengen, die aktuell in den Mercosur exportiert werden. Allerdings hätte sich EDA eine kürzere Übergangsfrist als die vereinbarten zehn Jahre gewünscht.<sup>9</sup>

Das Mercosur-Freihandelsabkommen würde die Exportoffensive in der Milchwirtschaft zementieren. Dass die Milchbäuerinnen und -bauern nicht automatisch an dieser Exportoffensive verdienen, zeigen deutlich die aktuell desaströsen Milchpreise. Die größte Molkerei Deutsches Milchkontor (DMK), die auf Export setzt, zahlt gerade mal 30 Cent Grundpreis für den Liter Milch. Das sind mit die schlechtesten Preise im Bundesvergleich und sie liegen – zulasten der Milcherzeuger – mehr als zehn Cent unterhalb der Kostendeckung je Liter Milch. Außerdem werden für diese Exportoffensive auch Futtermittel in Form von Soja – zu großen Teilen aus diesen Mercosur-Ländern – importiert. Auch in diesem Fall sind Regenwaldabholzung und Menschenrechtsverletzungen durch aggressive Landvertreibungen die Folge.

Es gibt auch Kritik in den Mercosur-Ländern zu diesem Abkommen. In Argentinien etwa forderten Milchbetriebe vergeblich, ihre Branche von dem Abkommen auszuklammern. Derweil fürchten Uruguays Milcherzeuger besonders um ihre Absatzmargen im Nachbarland Brasilien.<sup>10</sup> In Brasilien sorgen sich die Milcherzeuger um ihren ohnehin schon für bäuerliche Betriebe angespannten nationalen Markt (siehe unten das Interview mit dem brasilianischen Milchbauer Joel Dalcin). Das Abkommen würde daher nicht nur eine ökologisch gebotene Verkürzung von Lieferketten konterkarieren, sondern auch die regionale Integration im Mercosur.

Die vereinbarten Eckpunkte sehen zudem vor, dass 180.000 Tonnen *Geflügelfleisch* jährlich zollfrei aus den Mercosur-Ländern importiert werden. Die Europäische Vereinigung der Geflügelfleischproduzenten (AVEC), der auch der deutsche Bundesverband der Geflügelschlachtereien angehört, erteilt dem Mercosur-Freihandelsabkommen eine Absage mit der Begründung, dass Brasilien als der größte Geflügelexporteur der Welt bereits 500.000 Tonnen Geflügelfleisch jährlich nach Europa exportiere.<sup>11</sup>

Die Kritik von AVEC suggeriert eine differenzierte Betrachtung dieses Freihandelsabkommens – und täuscht darüber hinweg, dass die Haltung der Fleisch- und Milchindustrie grundsätzlich dadurch gekennzeichnet ist, dass sie für eine exportorientierte EU-Agrarpolitik ist und massive Lobbyarbeit betreibt, um eine entsprechende Marktöffnung für ihre Export-

produkte zu erreichen. Exporte steigern zwar in der verarbeitenden Industrie und im Handel die Umsätze, führen aber auf den landwirtschaftlichen Betrieben nicht automatisch zu mehr Wertschöpfung bzw. sogar zu Marktkrisen im Milch- und Fleischsektor. Das Mercosur-Freihandelsabkommen wäre in der geplanten Form lediglich ein Ergebnis dieser aggressiven

Alessa Hartmann

## Uneingelöste Versprechen

### Unverbindliche Regelungen bei Nachhaltigkeit und Menschenrechten im geplanten Mercosur-Freihandelsabkommen

Landwirtschaftsministerin Klöckner erklärte Ende August 2019 gegenüber der *WELT* großspurig: »Das Abkommen [EU-Mercosur] beinhaltet ein Nachhaltigkeitskapitel mit verbindlichen Regelungen. Wenn diese nicht eingehalten werden, kann es die vereinbarten Zollerleichterungen nicht geben. Da geht es auch um unsere Glaubwürdigkeit.«<sup>1</sup>

Damit liegt Klöckner falsch: Das EU-Mercosur-Handelsabkommen ist kein Druckmittel für mehr Wald- und Klimaschutz in Brasilien. Das Nachhaltigkeitskapitel des Abkommens, in dem Klima- und Umweltschutz sowie Vereinbarungen über die Einhaltung der Menschenrechte und Arbeitsstandards festgehalten werden sollten,<sup>2</sup> ist zahlos. Das Mercosur-Abkommen erlaubt keine Sanktionen, wenn ein Vertragsstaat die Bestimmungen des Nachhaltigkeitskapitels bricht. Denn das Nachhaltigkeitskapitel ist vom Streitschlichtungsmechanismus ausgenommen. Anders als bei allen anderen Vereinbarungen des Abkommens, kann bei Verstößen gegen die Umwelt- und Menschenrechtsbestimmungen nicht der zwischenstaatliche Streitschlichtungsmechanismus angerufen werden, der wirksame Sanktionen, wie beispielsweise Strafzahlungen oder Handelssanktionen, verhängen könnte.

Auch in den konkreten Absätzen zu Waldschutz und illegalem Holzeinschlag bleibt das Mercosur-Abkommen unverbindlich. Von »Information, Austausch und Vorbringen« ist die Rede. Auch die deutsche Bundesregierung hat auf Anfrage bestätigt, dass es sich lediglich um einen »abgestuften dialogorientierten Durchsetzungsmechanismus« handelt.<sup>3</sup> Was jedoch fehlt sind konkrete, bindende Vereinbarungen. Es fehlen Strafmaßnahmen, die ergriffen werden können, wenn beispielsweise illegaler Holzeinschlag erfolgt oder indigene Gruppen von ihrem Land vertrieben werden. Die Artikel zum Waldschutz und illegalen Holzeinschlag beinhalten keine Druckmittel, um etwa die klima- und umweltschädliche Politik des brasilianischen Präsidenten Bolsonaro zu sanktionieren.

Befürworter des Abkommens halten dem entgegen, dass die sog. »Menschenrechtsklausel« neben dem Nachhaltigkeitskapitel dafür sorgen könne, Nachhaltig-

keitsstandards einzuhalten. Allerdings sucht man diese Menschenrechtsklausel, die die EU regelmäßig in ihre Handelsabkommen integriert, bisher vergeblich in den veröffentlichten Texten. Aber selbst wenn es sie gäbe, ist ihre Wirksamkeit höchst umstritten. Die Klausel verdient ihren Namen kaum: Denn ihre Ausgestaltung ist sehr unterschiedlich und ihre Anwendung erfolgt sehr selektiv und nur in Ausnahmefällen (z. B. bei einem Staatsstreich, nicht aber bei wiederkehrenden Fällen von Menschenrechtsverletzungen) – und auch dann kam es bisher nie zur Aussetzung der Handelspräferenzen.<sup>4</sup>

Die Bilanz sieht also mager aus für Umwelt, Klimaschutz und Menschenrechte im EU-Mercosur-Abkommen.

#### Anmerkungen

- 1 »Wir sehen eine Katastrophe bei der Entwicklung des Waldes«. Interview mit Julia Klöckner in Die WELT vom 27. August 2019 ([www.welt.de/politik/deutschland/article199262752/Julia-Kloeckner-Dramatische-Katastrophe-bei-Entwicklung-des-Waldes.html](http://www.welt.de/politik/deutschland/article199262752/Julia-Kloeckner-Dramatische-Katastrophe-bei-Entwicklung-des-Waldes.html)).
- 2 »Trade and sustainable development« ([https://trade.ec.europa.eu/doclib/docs/2019/july/tradoc\\_158166.%20Trade%20and%20Sustainable%20Development.pdf](https://trade.ec.europa.eu/doclib/docs/2019/july/tradoc_158166.%20Trade%20and%20Sustainable%20Development.pdf)).
- 3 So in der Antwort des Staatssekretärs Ulrich Nußbaum vom Bundesministerium für Wirtschaft und Energie in seiner Antwort auf die »Schriftliche Frage an die Bundesregierung im Monat September Frage Nr. 7« des Bundestagsabgeordneten Pascal Meiser vom 9. September 2019.
- 4 Zum ganzen siehe auch T. Fritz: Menschenrechte als uneingelöstes Versprechen – Nachhaltigkeit, Arbeits- und Sozialstandards in EU-Handelsabkommen. Hrsg.: Brot für die Welt et. al., Berlin 2017 ([www.forumue.de/wp-content/uploads/2017/02/Menschenrechte-als-uneingelöstes-Versprechen.pdf](http://www.forumue.de/wp-content/uploads/2017/02/Menschenrechte-als-uneingelöstes-Versprechen.pdf)).



**Alessa Hartmann**

Referentin für internationale Handels- und Investitionspolitik bei PowerShift e.V.

[alessa.hartmann@power-shift.de](mailto:alessa.hartmann@power-shift.de)

Lobbyarbeit, die nun auch die europäische Geflügelindustrie und andere Branchen wie ein Bumerang treffen würde.

Im Jahr 2017 gab es in Brasilien den bislang größten Lebensmittelskandal. Der brasilianische Konzern JBS – der größte Fleischverarbeiter der Welt – und andere Konzerne mischten Gammelfleisch unter ihre Exportware und bestachen staatliche Inspektoren, um dennoch an Hygienezertifikate zu kommen. Das Freihandelsabkommen könnte die Entdeckung solch belasteter Lebensmittel künftig noch erschweren.<sup>12</sup> Denn in dem Abkommen sieht das Kapitel über Lebensmittelsicherheit eine Beschleunigung der Exportgenehmigungen für tierische Produkte vor. Danach verzichtet das Einfuhrland auf Kontrollen einzelner Viehbetriebe, wenn das Ausfuhrland »ausreichende Garantien« über seine Exportbetriebe erbringt. Ferner soll die Häufigkeit der Importkontrollen reduziert werden.<sup>13</sup>

### Kritik nimmt zu

Das Mercosur-Abkommen führt zu unterschiedlichen Reaktionen in Europa. Die Bundesregierung und das Bundeslandwirtschaftsministerium sprechen sich klar für das geplante Freihandelsabkommen aus. Sie beziehen sich unter anderem auf ein (vermeintlich) wirksames Nachhaltigkeitskapitel (siehe Kasten).

Deutliche Kritik kommt von Regierungsseite aus Frankreich, Polen, Irland und Belgien. In einem gemeinsamen Brief an die EU-Kommission fordern diese Länder, vor allem die Sektoren Rindfleisch und Ethanol sowie Zucker und Geflügelfleisch besser zu schützen und sie verbinden insbesondere die Rindfleischimporte mit der Klimafrage.<sup>14</sup>

In Österreich hat am 18. September 2019 der EU-Unterausschuss des österreichischen Parlaments eine bindende Stellungnahme beschlossen, wonach die österreichische Regierung zu einem Veto gegen das Abkommen in den EU-Gremien aufgefordert wird.<sup>15</sup> Hält sich nach der Wahl am 29. September 2019 die neu zusammengesetzte Regierung unter Sebastian Kurz (ÖVP) an diesen Beschluss, der im übrigen auch von der ÖVP mitgetragen wurde, hieße dies: Das Mercosur-Abkommen wäre tot. Deshalb versucht man jetzt in der EU-Kommission, Beschlüsse so »umzustricken«, dass weder im EU-Rat eine Einstimmigkeit noch eine Beteiligung der nationalen Parlamente der Mitgliedstaaten in einem Ratifizierungsprozess erforderlich sind.

In Irland – wie in Frankreich und Polen – gibt es Widerstände von Bauernverbänden gegen die Abschaffung der Zölle auf Importe aus Südamerika. Sie befürchten die zu günstigen Importe aus Brasilien und Argentinien.<sup>16</sup>

Aber auch in der Zivilgesellschaft wächst der Widerstand: Im Januar 2019 haben 17 Bauernorganisationen

aus sieben EU-Mitgliedstaaten an der deutsch-belgischen Grenze gegen Freihandelsabkommen demonstriert (damals ging es vor allem um CETA). Im September des selben Jahres haben niedersächsische Bäuerinnen und Bauern mit Traktoren den größten Importhafen für Futtermittel und Getreide in Brake (Niedersachsen) blockiert und die Bundesregierung aufgefordert, das Mercosur-Freihandelsabkommen abzulehnen.

Bäuerinnen und Bauern wollen Handel, aber die Bedingungen müssen stimmen. Unqualifizierte Freihandelsabkommen der EU wie etwa das geplante mit den Mercosur-Ländern, aber auch alle anderen vergleichbaren bilateralen Freihandelsabkommen, sind klar abzulehnen. Welthandel muss wirksam sozial und ökologisch qualifiziert sein und nicht nur an rein ökonomischen Zielgrößen ausgerichtet sein. In der europäischen Agrarpolitik ist die derzeitige Exportoffensive daher durch eine entsprechende Qualitätsstrategie abzulösen.

Deshalb sollte das geplante Abkommen in der vorliegenden Form verhindert werden.<sup>17</sup> Die im Sommer 2019 erzielte politische Einigung bedeutet weder den Abschluss der Verhandlungen noch eine Annahme des Vertrags. Im Gegenteil: Die öffentliche Auseinandersetzung um dieses Abkommen hat gerade erst begonnen.<sup>18</sup>

### Folgerungen & Forderungen

- Das geplante EU-Mercosur-Abkommen birgt erhebliche soziale wie ökologische Risiken.
- Durch die Agrarquoten fördert es die Überproduktion von Milch und Fleisch, statt sie abzubauen.
- Dadurch wird die Abholzung des amazonischen Regenwaldes weiter vorangetrieben – mit massiven Auswirkungen auf das Weltklima.
- Die Handelsausweitung verschärft die bereits bestehenden Landkonflikte im Mercosur.
- Mit einem Mercosur-Freihandelsabkommen importieren wir daher auch Regenwaldabholzung und Menschenrechtsverletzungen.
- Auf beiden Seiten gehören die Bauernhöfe zu den Verlierern dieser Art der Freihandelspolitik.
- Die europäische Agrarindustrie hat das Mercosur-Freihandelsabkommen mit zu verantworten.
- Die Bundesregierung ist aufgefordert, sich dafür einzusetzen, die exportorientierte europäische Agrarpolitik durch eine Qualitätsoffensive abzulösen und dafür die aktuelle EU-Agrarreform zu nutzen.
- Die Bundesregierung muss ihre Haltung ändern und dieses Mercosur-Abkommen ablehnen. Welthandel muss künftig wirksam ökologisch und sozial qualifiziert werden.

## Anmerkungen

- 1 »EU und Mercosur erzielen Einigung in Handelsfragen.« Pressemitteilung der EU-Kommission vom 28. Juni 2019 ([https://europa.eu/rapid/press-release\\_IP-19-3396\\_de.htm](https://europa.eu/rapid/press-release_IP-19-3396_de.htm)).
- 2 Vgl. European Commission: Negotiating REU trade agreements. Who does what and how we reach a final deal. Brussels 2018 ([https://trade.ec.europa.eu/doclib/docs/2012/june/tradoc\\_149616.pdf](https://trade.ec.europa.eu/doclib/docs/2012/june/tradoc_149616.pdf)).
- 3 European Commission: New EU-Mercosur trade agreement. The agreement in principle. Brussels, 1. July 2019 ([https://trade.ec.europa.eu/doclib/docs/2019/june/tradoc\\_157964.pdf](https://trade.ec.europa.eu/doclib/docs/2019/june/tradoc_157964.pdf)).
- 4 Die zusätzlichen 99.000 Tonnen teilen sich in 55 Prozent gekühltes und in 45 Prozent gefrorenes Fleisch auf (vgl. [www.europarl.europa.eu/RegData/etudes/BRIE/2019/640138/EPRS\\_BRI\(2019\)640138\\_EN.pdf](http://www.europarl.europa.eu/RegData/etudes/BRIE/2019/640138/EPRS_BRI(2019)640138_EN.pdf)). Das *Meat Market Observatory – Beef and Veal* (letzte Aktualisierung vom 17. Oktober 2019) listet die Top-Ten-Länder für Rind- und Kalbfleisch auf. Brasilien, Uruguay und Argentinien belegen die ersten drei Plätze. Die angegebene Zahl von 326.042 Tonnen ist der Durchschnitt der Fleischimporte aus den Jahren 2015 bis 2018. Der Durchschnitt beinhaltet auch noch andere Rindfleischprodukte wie Corned Beef (vgl. [https://ec.europa.eu/info/sites/info/files/food-farming-fisheries/farming/documents/eu-bovine-trade\\_en.pdf](https://ec.europa.eu/info/sites/info/files/food-farming-fisheries/farming/documents/eu-bovine-trade_en.pdf)).
- 5 European Commission: Beef. Information on the role of market measures, market monitoring, and the legal bases for the beef sector [abgerufen am 1. Oktober 2019] ([https://ec.europa.eu/info/food-farming-fisheries/animals-and-animal-products/animal-products/beef\\_en#marketmonitoring](https://ec.europa.eu/info/food-farming-fisheries/animals-and-animal-products/animal-products/beef_en#marketmonitoring)).
- 6 »Danish Crown pocht wegen Mercosur auf Markterschließung durch die Politik.« Meldung von Agra-Europa vom 10. Juli 2019 ([www.agra.de/premiumbereich/ansicht/news/danish-crown-pocht-wegen-mercotur-auf-markterschliessung-durch-die-politik/](http://www.agra.de/premiumbereich/ansicht/news/danish-crown-pocht-wegen-mercotur-auf-markterschliessung-durch-die-politik/)).
- 7 PowerShift et al. (Hrsg.): Das EU-Assoziationsabkommen mit dem Mercosur: Frontalangriff auf bäuerliche Landwirtschaft, Menschenrechte, Umwelt- und Klimaschutz. Berlin 2018 ([www.abl-ev.de/uploads/media/factsheet\\_mercosur\\_web.pdf](http://www.abl-ev.de/uploads/media/factsheet_mercosur_web.pdf)).
- 8 United Nations Declaration on the Rights of Peasants and Other People Working in Rural Areas. 30. October 2018 (<http://undocs.org/A/C.3/73/L.30>).
- 9 »EU-Milchindustrie begrüßt Mercosur-Übereinkunft.« Meldung von Agra-Europa vom 15. Juli 2019.
- 10 PowerShift et al. (Hrsg.): Angriff auf Klimaschutz und Menschenrechte. Die Folgen des EU-Assoziationsabkommens mit dem Mercosur für Mensch und Natur. Berlin 2019 (<https://power-shift.de/wp-content/uploads/2019/09/Angriff-auf-Klimaschutz-und-Menschenrechte-webversion-final-16.09.2019.pdf>).
- 11 »EU poultry meat sector says no to the Mercosur agreement.« Press release AVEC dated 19. June 2019 ([www.avec-poultry.eu/news/eu-poultry-meat-sector-says-no-to-the-mercotur-agreement/](http://www.avec-poultry.eu/news/eu-poultry-meat-sector-says-no-to-the-mercotur-agreement/)).
- 12 Zum Folgenden siehe die Ausführungen bei PowerShift (siehe Anm. 10), S. 3.
- 13 European Commission: Trade part of the EU-Mercosur association agreement, chapter sanitary and phytosanitary measures, article 7 – trade facilitation measures (<http://trade.ec.europa.eu/doclib/html/158155.htm>).
- 14 »Vier EU-Staaten gegen weitere Zugeständnisse gegenüber Mercosur.« Meldung von Agra-Europa vom 19. Juni 2019.
- 15 »Republik Österreich Parlament 2019: SPÖ, FPÖ und JETZT setzen sich im EU-Unterausschuss mit Forderung nach Veto gegen Mercosur-Abkommen durch.« Meldung der Parlamentskorrespondenz Nr. 905 vom 18. September 2019.
- 16 »Gegenwind für das Mercosur-Paket.« Meldung der Frankfurter Allgemeinen Zeitung vom 13. Juli 2019.
- 17 So auch die Forderung eines breiten Netzwerks zivilgesellschaftlicher Gruppen in ihrem im September 2019 herausgegebenen Fact Sheet (siehe Anm. 10).
- 18 Ebd., S. 5.

## Das Thema im Kritischen Agrarbericht

- ▶ Jürgen Maier: Wer braucht eigentlich globalisierte Agrarmärkte? Prozess und Stand der Globalisierung im Agrar- und Ernährungssystem. In: Der kritische Agrarbericht 2018, S. 12–16.
- ▶ Sven Hilbig und Tobias Reichert: Vom Freihandel zum Fairhandel. Die Agenda 2030 als Leitlinie für eine neue Handelspolitik. In: Der kritische Agrarbericht 2018, S. 17–20.
- ▶ Berit Thomsen: Landwirtschaft als sensibles Problem. Geplante Freihandelsabkommen stehen einer zukunftsfähigen Ausrichtung der Landwirtschaft diametral entgegen. In: Der kritische Agrarbericht 2018, S. 86–89.
- ▶ Alessa Hartmann: Wirtschaftsinteressen vor Demokratie? Bisherige Erfahrungen mit Klagerichten für Konzerne. In: Der kritische Agrarbericht 2015, S. 50–51.



**Berit Thomsen**

Referentin für internationale Agrarpolitik der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL).

Bahnhofstraße 31, 59056 Hamm  
thomsen@abl-ev.de

## »Der Deal ist unfair«

Ein brasilianischer Milchbauer spricht über das geplante Mercosur-Abkommen

*Joel Dalcin ist Milchbauer in Brasilien, im südlichen Bundesstaat Rio Grande do Sul. Er bewirtschaftet einen Hof mit 75 Milchkühen, 11,8 Hektar Eigenfläche und weiteren 30 Hektar Pachtfläche. Seine Eltern hatten 1992 nicht mehr als zehn Milchkühe. Nachdem Dalcin mit eingestiegen ist, haben sie den Betrieb vergrößert. Von einem betrieblichen Krisenjahr konnten sie sich nur schwer erholen und Schulden sind geblieben. Banken und andere Kreditgeber machen*

*Druck. Heute arbeiten Dalcin, sein Vater und zwei Mitarbeiter auf dem Betrieb. Dalcin ist Geschäftsführer der Milchbauernbewegung Construindo Leite Brasil.*

**Herr Dalcin, wie stellt sich die Situation der Milcherzeuger in Brasilien dar?**

Sehr schwierig. Bisher haben uns die Regierungen immer versprochen, dass sie sich für die Bäuerinnen und Bauern ▶

einsetzen wollen. Aber wir mussten erleben, dass die multinationalen Konzerne gestärkt wurden. Die Regierungen haben in der Vergangenheit beispielsweise die Steuern erhoben, wodurch unsere Produktionskosten gestiegen sind. Wir zahlen mehr als 30 Prozent Steuern auf die Milcherzeugung, das betrifft alle Produktionsschritte bis die Milch im Kühltank ist. Die Erzeuger mussten drastische Gewinneinbußen hinnehmen, sodass es immer schwieriger wird, die Bauernhöfe zu erhalten. Die Märkte werden von Handel, Industrie und den Supermärkten beherrscht. Sie treiben ihre Gewinne nach oben auf Kosten der Milcherzeuger. Zudem stehen wir mit Milchimporten aus den anderen Mercosur-Ländern in Konkurrenz, die bessere Wettbewerbsbedingungen haben. Dort sind die Steuern und Produktionskosten wesentlich niedriger und die Produktionsbedingungen teilweise vorteilhafter. Brasilianische Milchunternehmen importieren Milch hauptsächlich aus Uruguay und Argentinien, weil die Milch dort billiger ist.

#### **Wie sind die Hofstrukturen in Brasilien?**

Die Betriebe haben unterschiedliche Größen, Topografien und Systeme. Es gibt Höfe, die zu 100 Prozent Weidegang ermöglichen, es gibt Betriebe, die ausschließlich als Feedlot-System produzieren, also mit hoher Technologie und hohen Investitionen. Die Produktionsleistung pro Hof und Tag kann 100 Liter betragen und es gibt Betriebe, die 80.000 Liter täglich melken. In Brasilien gibt es alle Arten von Klima und Böden.

#### **Gibt es eine junge Milchbauernbewegung in Brasilien?**

Ja. Die Erzeugerbewegung, zu der auch *Construindo Leite Brasil* gehört, wurde über WhatsApp gestartet. Wir haben darüber Milchbäuerinnen und -bauern mobilisiert, Videos von ihren Betrieben aufzunehmen und über die aktuellen Probleme auf den Höfen zu berichten. Es sind viele Videos eingegangen, die wir auf Facebook geteilt haben. Die Bewegung zielt darauf ab, die Produzenten zu vernetzen, zu organisieren und für bessere Bedingungen zu kämpfen, das bedeutet auch, für eine bessere Stellung der Erzeuger in der Milchlieferkette. Wir verfolgen zwei Stränge: Erstens geht es uns um die Art der Milcherzeugung, die sozial verantwortlich sein muss und den Schutz von Umwelt, Tier und auch Mensch mit einbezieht. Zweitens geht es darum, dass der Produzent für den Rohstoff Milch die Preise fristgerecht erhält, die mit dem nachgelagerten Bereich in der Wertschöpfungskette vereinbart wurden, und auch darum, die Zahlungskonditionen für die Milchbauern zu verbessern. Darüber hinaus fordern wir die Regierungen auf, einen Rahmen zu schaffen für bessere Wettbewerbsbedingungen und Logistik sowie niedrigere Steuern und Zinsen. Mittels Kampagnen muss die Nachfrage des Milchkonsums

gesteigert werden. Allerdings macht der Staat zurzeit noch das Gegenteil.

#### **Wie schätzen Sie das geplante Freihandelsabkommen von EU und Mercosur für die Milchbauern ein?**

Die brasilianische Milchwirtschaft wurde als Verhandlungsmasse eingesetzt, indem unsere Märkte geöffnet werden sollen, damit für andere Branchen wiederum die Märkte in der EU geöffnet werden. Unsere Produktionskosten sind viel höher als in der EU. Der Deal ist unfair, weil wir nicht die staatlichen Anreizprogramme und Subventionen erhalten. Wir können nicht mithalten. Es ist nicht akzeptabel, wie unsere Regierung sich beim Mercosur-Abkommen verhalten hat. Wir, die Erzeuger, leiden darunter, weil wir das schwächste Glied in der Lieferkette sind. Wir müssen in Brasilien erst einmal unsere internen Probleme lösen, bevor wir unsere Märkte für andere Länder öffnen. Wir Milchbauern brauchen Schutz, sonst müssen wir unsere Produktion einstellen. Wir müssen uns als Milchbauern mehr zusammenschließen, gemeinsam auftreten, mehr an unser Potenzial glauben, um die Schwierigkeiten unseres Sektors zu bewältigen. Wir sind der Ansicht, dass die europäischen Länder unsere Produkte dann kaufen, wenn wir einen wettbewerbsfähigen Preis haben. Für unsere Bewegung ist es egal, ob es sich um einen großen oder einen kleinen Erzeuger handelt. Unser Kampf ist für alle Erzeuger. Zusammen sind wir stärker.

*Das Interview führte Berit Thomsen*

*Übersetzung: Dr. Luiz Perrone Massucati und Marcos A. da Costa Melo*



**Joel Dalcin**

Milchbauer auf einem Familienbetrieb in Brasilien im Bundesstaat Rio Grande do Sul und Geschäftsführer der Milchbauernbewegung *Construindo Leite Brasil*.